

Potsdam, den 29.06.2020

Pressemitteilung

Rettet Niekischs Sondersitzung das Karstadt-Kaufhaus?

Am morgigen Dienstag, 30. Juni 2020 findet eine Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und ländliche Entwicklung (SBWL) zum Thema „Karstadt und die wirtschaftliche Situation in der Brandenburger Straße“ statt.

Geht es den Eigentümern um die Erhaltung der Warenhäuser? Das Kaufhausgeschäft selbst ist zur "Ramschware" verkommen. Arcandor, Berggruen und - bei Kaufhof nicht zu vergessen - der kanadische Einzelhandelsriese Hudson's Bay, konnten dem Konsumtrend nicht ausweichen, wahrscheinlich wollten sie es auch nicht. Ende März 2020 wurde bei Galeria Karstadt Kaufhof ein Schutzschirmverfahren in Eigenverwaltung eröffnet. Zwei Sanierungsexperten müssen mit dem Insolvenzplan für Galeria retten, was noch zu retten ist. Beide haben schon große Insolvenzen begleitet. Vom Gericht als Sachwalter im Verfahren bestellt wurde der Jurist Frank Kebekus. Arndt Geiwitz wurde vom Eigentümer René Benko engagiert und als Generalbevollmächtigter installiert, auch dafür, all die Grausamkeiten durchzuziehen, die der Eigentümer eigentlich längst hätte angehen müssen. Eigentümer René Benko und seine Signa-Gruppe lassen 62 Warenhäuser untergehen. Dabei gehören ihm in Berlin nur 5 der Immobilien, auch das Potsdamer Haus ist nicht im Eigentum Benkos. Während des bei Galeria laufenden Schutzschirmverfahrens geht es darum, möglichst viele Mitarbeiter*innen loszuwerden. Der Staat unterstützt das Unternehmen dabei in Form des Insolvenzgeldes. Trotz ihres Unbehagens sollten alle kommunal Beteiligten die Sachlage nüchtern beurteilen. Eine nachhaltige Erhaltung der Kaufhäuser ggf. unter anderer Regie scheint kaum möglich. Auch andere, namhafte Filialisten stehen unter Druck oder sind ebenso insolvent, nicht nur durch Corona bedingt. Der überwiegenden Mehrheit der Konsument*innen steht die Welt offen. Und von dem Rest können lokale Geschäfte kaum überleben.

Dieses Problem wird ganz sicher auch nicht dadurch gelöst, dass der Ausschussvorsitzende Wieland Niekisch zu einer Sondersitzung des Ausschusses einlädt. Im günstigsten Fall verbleibt etwas für die populistische Habenseite einiger Fraktionen - sei es die auf CDU-Initiative ohne Ziel und Wirkung gewünschte Debatte oder der gut gemeinte, Genossenschaftsansatz der Linksfraktion, der an wirtschaftlichen und eigentumsrechtlichen Realitäten scheitert.

Wir raten CDU und Linksfraktion dazu, ihren Grundsätzen treu zu bleiben, statt uns mit fruchtlosen Vorschlägen zu behelligen. Die Christdemokraten sollten sich der Endlichkeit und der Hilfslosigkeit der sozialen Marktwirtschaft endlich bewusstwerden. Die Linksfraktion wäre gut beraten, sich auf ihre marxistischen Grundlagen zu stützen. Anstatt mit halbgarer Kosmetik an den kapitalistischen Zuständen herumzubasteln, sollte sie endlich mal die Eigentumsfrage stellen.

Eine aNDERE Kritik darf weder auf den Anspruch verzichten, die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend zu ändern, noch darf sie die bestehenden Rahmenbedingungen negieren:

Ob das Kaufhaus in Potsdam geschlossen wird, hängt voraussichtlich vom Verhältnis der Mietforderungen zu den Umsätzen ab. Dieses zu verhandeln, liegt nicht in der Hoheit der Kommune. Als Träger der Planungshoheit sollte die Kommune das gesamte Portfolio an Profit-Abschöpfungsmöglichkeiten nutzen, welches durch das Baugesetzbuch und im Rahmen städtebaulicher Verträge mit Investoren gegeben ist. Wenn es dazu noch nicht zu spät ist, dann sollten die Stadtverordneten und der Oberbürgermeister mutig und kompromisslos sein.

Steffen Pfrogner
Fraktionsvorsitzender